

Hinweiszettel

Anfrage/Anregung
aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18.03.2014

Name: Herr Reiske	Datum: 18.03.2014
Mitglied des: Haupt- und Finanzausschusses	
Sachverhalt: Herr Reiske stellt die Frage, ob Frau Dr. Kordfelder - ebenso wie von Herr Noelke vor dem Verwaltungsgericht formuliert - das vom Rat beschlossene Marketingkonzept im Bezug auf die Umlandgemeinden für dumm halte. Ferner erinnert Herr Reiske daran, dass er im August 2012 die Bürgermeisterin aufgefordert habe, den Ratsbeschluss zur nicht öffentlichen Beratung des Stadtmarketingkonzeptes zu beanstanden, was sie allerdings abgelehnt habe. Wäre die Bürgermeisterin dem Antrag nachgekommen, wäre die Klage beim Verwaltungsgericht nicht eingereicht worden. Insofern stellt er die Frage, wie hoch die Kosten des Gerichtsverfahrens für die Stadt gewesen seien.	

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
FB 7- See

Rheine, 19. März 2014

Von der Verwaltung auszufüllen!

FB 7
im Hause

mit der Bitte um unverzügliche weitere Veranlassung bzw. Bearbeitung und urschriftliche Mitteilung an den Fachbereich 7 über das Veranlasste **bis zum 02.04.2014** übersandt.

Sollte dem/der Unterzeichner(in) bis zum o. g. Termin bzw. bis montags vor der nächsten Sitzung keine Rückantwort vorliegen, wird in dem entsprechenden Gremium berichtet, dass seitens des Fachbereiches **keine** Stellungnahme abgegeben wurde.

Im Auftrag

gez. Seebeck

Von der Verwaltung auszufüllen!

Fachbereich 7

im Hause

Stellungnahme

- ☐ Angehängte Anfrage/Anregung wurde erledigt durch
- ☐ telefonische Mitteilung an Antragsteller(in)
 - ☐ schriftliche Nachricht an Antragsteller(in) – siehe Anlage

- ☐ Eine unverzügliche Erledigung ist nicht möglich, weil ...
(weiteres beabsichtigtes Verfahren)

- ☐ Antragsteller(in) wurde schriftlich/telefonisch in diesem Sinne informiert. Die Stellungnahme wird so schnell wie möglich nachgereicht.

- ☒ Der Einladung zur Sitzung soll folgende Stellungnahme beigelegt werden:

In der Diskussion um das Kommunikationskonzept, das als Anlage der Vorlage 285/12 zur Ratssitzung am 03.07.2012 im nicht öffentlichen Teil beigelegt war, wurde angeregt, dieses als „Grundkonzept“ mit den beteiligten Akteuren weiter auszugestalten. Diesen Vorschlag hatte die Bürgermeisterin zum Anlass genommen, den Beschlussvorschlag dahingehend abzuändern, dass das Kommunikationskonzept – ohne Anlage - beschlossen werden sollte (vergleiche die Ausführungen hierzu in der Niederschrift des Rates unter TOP 26 vom 03.07.2012).

Die Aussage im Pressebericht „Das Konzept sei dumm und verletzend in Richtung von Nachbargemeinden gewesen“ stammte weder von Herrn Noelke noch von der Bürgermeisterin. Der von dem „Journalisten“ – ein Jurastudent – erstellte Pressebericht war nicht nur in diesem Punkt fehlerhaft.

Der Stadt Rheine entstanden durch das Gerichtsverfahren Kosten in Höhe von insgesamt 1.717,04 €.

Zeitaufwand für die Bearbeitung: 10 Min.

Sachbearbeiter(in) – ☎ 939-218

- ☐ Eine schriftliche Stellungnahme wird bis spätestens montags vor der nächsten Sitzung der Schriftführerin/dem Schriftführer für den mündlichen Bericht in der Sitzung gestellt.